

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 01.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	18.12.2009 / Ratsversammlung TOP 8.3 - 0060/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Bewerbung um das RAL-Qualitätssiegel der "Gütegemeinschaft Mittelstandorientierte Kommunalverwaltungen e. V."
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung soll sich um das RAL-Qualitätssiegel der "Gütegemeinschaft Mittelstandorientierte Kommunalverwaltungen e. V." bewerben. Dazu ist ein detaillierter Zeit- und Maßnahmenplan aufzustellen. Im Hauptausschuss ist fortlaufend schriftlich zu berichten. Gem. Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Die Grünen ist zuvor im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss über die finanziellen Auswirkungen und die erforderlichen Maßnahmen zu informieren.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -Entwicklung
Aktueller Sachstand	Dem Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss wurde am 12.05.2010 ein Bericht vorgelegt (0560/2008/DS). Von einem sofortigen Beitritt wurde im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen Abstand genommen. Am 22.08.2012 wurde im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschlossen, den Beitritt frühestens zum 01.01.2013 zu realisieren (1026/2008/DS) – erneut vorbehaltlich der anstehenden Haushaltsberatungen. Der Beitritt zur Behördenrufnummer 115 - als ein Umsetzungsschritt zur Verwirklichung des RAL - Gütezeichens - wird gemäß Ratsbeschluss vom 16.09.2014 (0315/2013/DS) nicht weiter verfolgt. In der RV am 14.07.2015 wurde im Rahmen einer Großen Anfrage der FDP-Ratsfraktion (0197/2013/An) über den Sachstand berichtet. Demnach werden einige der Gütekriterien noch nicht erfüllt. Die angestrebte Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft wird indes kritisch hinterfragt. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Umsetzung des Beschlusses weiter zu verfolgen. Einige grundlegende Gütekriterien werden weiterhin nicht erfüllt; die Umsetzung des Beschlusses wird weiterhin verfolgt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Verwaltung will in den zuständigen Gremien eingehend über diese Kriterien und Vorschläge zur Zielerreichung berichten. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 02.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	11.12.2012 / Ratsversammlung (später: Jugendhilfeausschuss) TOP 10.3 - 0190/2008/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Schaffung einer zentralen Anmeldeliste für die Vergabe der Kindertagesstättenplätze in Neumünster Der Antrag wird an den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Dieser stimmt dem Antrag am 05.02.2013 zu. Die Verwaltung ist aufgefordert, eine stadtseinheitliche Anmeldeliste für alle Kita-Plätze im Stadtgebiet zu erstellen. Als Zeitziel wird der 01.08.2013 vorgegeben.
Aktueller Sachstand	Frühkindliche Bildung - Abt. Verwaltung - Zwischenzeitlich wurde ein eigenes EDV-Verfahren erstellt, das dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 02.12.2014 im Rahmen der Mitteilungsvorlage MV 0160/2013 vorgestellt wurde. Die Verwaltung hat letztmalig am 07.07.2015 im Jugendhilfeausschuss berichtet (0243/2013/MV). Demnach soll das Programm zum 01.08.2016 - also zum Beginn des Aufnahmeverfahrens für das Betreuungsjahr 2016/2017 - eingesetzt werden. Im Laufe des Jahres 2016 soll das Kita-Portal stadintern freigeschaltet werden. Derzeit erfolgt die Feinabstimmung technischer Fragen. Die Träger wurden im Rahmen der Arbeitsgruppe gem. § 78 SGB VIII am 22.06.2016 informiert. Der Internetauftritt steht kurz vor seiner Realisierung. Eine Fachfirma hat die Vorarbeit geleistet und ist in der Abstimmung mit dem Anbieter, der unser Verwaltungsprogramm erstellt hat. Die Schnittstelle zur landesweiten Datenbank ist erstellt, damit keine voneinander unabhängigen Doppelstrukturen aufgebaut werden. Nach Auskunft des Fachdienstes 03 (Zuständig für die Erstellung des Auftrites) wird Anfang des Jahres 2017 die Realisierung erfolgen. Es wird angeregt, das Thema als erledigt zu betrachten.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 03.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	27.08.2013 / Ratsversammlung TOP 32. - 0097/2013/DS
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Weiterentwicklung des Projekthauses im Stadtumbaugebiet Stadtteil West
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Einem Änderungsantrag der SPD- Ratsfraktion sowie einem Ergänzungsantrag der CDU- Ratsfraktion wurden zugestimmt. Zukünftiger Standort der Kinder- u. Jugendfreizeiteinrichtung Projekthaus ist demnach das Gelände der ehem. Sick-Kaserne in der Werderstr. Auf der Grundlage der Standortvorentscheidung ist ein Kosten- u. Finanzierungskonzept zu erarbeiten und vorzulegen. Die Beteiligung der betroffenen Stadtteilbeiräte ist nachzuholen. Dabei ist eine angemessene Kinder- und Jugendbeteiligung sicherzustellen. Es ist zu prüfen, ob die Bauplanung und Durchführung durch die Wobau möglich ist.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die RV hat in ihrer Sitzung am 16.09.2014 der Drucksache 0286/2013 zugestimmt. Zum hochbaulichen Realisierungswettbewerb wurde am 27.11.2014 im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss informiert (0166/2013/MV). Weitere Details zur Umsetzung wurden am 09.01.2015 von der RV beschlossen (0401/2013/DS). Der Wettbewerb konnte im April 2016 abgeschlossen werden. Die RV hat in der Sitzung am 26.04.2016 der Beauftragung des ersten Preisträgers zugestimmt und die weiteren Planungen in Auftrag gegeben (0693/2013/DS). Die Gesamtkosten wurden mit 4,7 Mio. € gedeckelt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 04.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	17.09.2013 / Ratsversammlung TOP 9.2 - 0007/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) U. a. ist das ISEK hins. der zwischenzeitlich seit der Kenntnisnahme durch die RV am 16.05.2006 eingetretenen Veränderungen fortzuschreiben. Das räumliche Entwicklungsleitbild sowie die im ISEK erarbeiteten Leitziele und Handlungsschwerpunkte werden von der RV als ganzheitlicher Orientierungsrahmen der zukünftigen Stadtentwicklung bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterführende Fachkonzepte bzw. teilräumliche Entwicklungskonzepte zu erarbeiten u. zur Beschlussfassung vorzulegen. Zum Stand der Umsetzung des ISEK ist jährlich zu berichten (Stadtentwicklungsberichte).
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Zunächst wurde am 14.11.2013 ein Zwischenbericht im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zur Kenntnis genommen (0132/2013/DS). Mit der Drucksache 0302/2013 wurde der RV am 16.09.2014 ein Konzept zur Fortschreibung des ISEK vorgelegt. Es wurde beschlossen, zunächst nur die Arbeitsphasen 1 und 2 umzusetzen. Die Verwaltung hat die RV am 10.02.2015 über den Sachstand informiert (0191/2013/MV). Ein erster Stadtentwicklungsbericht wurde von der RV am 19.05.2015 zur Kenntnis genommen (0420/2013/DS). Im Hauptausschuss am 30.06.2015 wurde über die Umsetzung der im Rahmen der Arbeitsphase 2 beschlossenen Bürgerumfrage informiert (0246/2013/MV). Die Selbstverwaltung äußerte Kritik an der Vorgehensweise der Verwaltung. Insbesondere wurde die Durchführung der Bürgerumfrage in Frage gestellt. Die RV hat ihren diesbezüglichen Beschluss am 14.07.2015 revidiert (0502/2013/DS), die Bürgerumfrage soll nicht durchgeführt werden. In der gleichen Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag der Ratsfraktionen von CDU und SPD eingebracht, der stadtentwicklungspolitische Ziele als Grundlage für die Fortschreibung des ISEK formuliert (0209/2013/An).

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

	Dieser Antrag wurde zunächst verlagt, dann jedoch mit zwei Änderungsanträgen in der Sitzung am 15.09.2015 beschlossen. Mit der Drucksache 0576/2013 hat die Verwaltung am 17.11.2015 den Auftrag erhalten, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der stadtentwicklungspolitischen Ziele zu entwickeln und dazu ein Beteiligungsverfahren durchzuführen. Ein zweiter Stadtentwicklungsbericht wurde der RV am 07.06.2016 vorgelegt (0356/2013/MV). Mit der DS 0852/2013 wurde in der November-Sitzungsfolge 2016 zur Weiterentwicklung des ISEK zum umfassenden Steuerungsunterstützungssystem berichtet. Außerdem wurde das durch die Einordnung der stadtentwicklungspolitischen Ziele in den Produktrahmen entstandene ISEK-Zielsystem zum Beschluss gestellt. Die RV soll in der Sitzung am 22.11.2016 eine Entscheidung treffen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 05.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	18.02.2014 / Ratsversammlung TOP 10.6 - 0072/2013/An Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Konzepte für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr Wittorf
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beauftragt die Verwaltung, den zuständigen Ausschüssen jeweils bis zur ersten Sitzung nach den Sommerferien 2014 Konzepte mit Kostenschätzungen für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus der FFW Wittorf vorzulegen. Gleichzeitig ist diesen Gremien schnellstmöglich eine Stellungnahme zu möglichen Gefährdungen vorzulegen, die eventuell aus den Baumängeln entstehen können. Der Stadtteilbeirat ist bei der Beratung zu beteiligen. Die Federführung liegt beim Bau-, Planungs- und Umweltausschuss.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Zentrale Gebäudewirtschaft -
Aktueller Sachstand	Die RV wurde am 04.11.2014 mit der Drucksache 0322/2013 informiert. Mit der Beseitigung von Baumängeln allein sind die Probleme des Standorts allerdings nicht zu lösen. Die Verwaltung wurde beauftragt, Lösungsansätze zu entwickeln. Die Ergebnisse sind den Gremien zur Beratung vorzulegen. Es finden regelmäßige Baubegehungen statt. Reparaturen werden umgehend vorgenommen, Risse werden geschlossen. Im Hinblick auf die Statik hat sich kein akuter Handlungsbedarf ergeben. Ein Entwurf für einen Teilneubau wurde erstellt. Verwaltungintern wird zurzeit geprüft ob als Alternative ein vollständiger Neubau am jetzigen Standort sinnvoller ist. Es erfolgt eine laufende Überprüfung des Gebäudes durch einen Statiker. Das Ergebnis der zuletzt durchgeführten Begutachtung wird in Kürze erwartet.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 06.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	15.04.2014 / Ratsversammlung TOP 10.5 - 0098/2013/An Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Beteiligung an der Kampagne „Fairtrade-Towns“
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird gebeten, sich an der Kampagne "Fairtrade-Towns" mit dem Ziel zu beteiligen, den Titel, "Fairtrade-Town" zu erlangen. Die Verwaltung wird aufgefordert, zu prüfen, und in der nächsten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses zu berichten, welche Voraussetzungen für die Teilnahme bereits erfüllt sind und welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen sind, um den Kriterien für den Titel "Fairtrade-Town" zu genügen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Am 14.11.2014 und 13.11.2015 hat die Stadt Neumünster an den Vernetzungstreffen der Fairtrade-Städte in Schleswig-Holstein teilgenommen, um die dort vorgestellten Erfahrungen anderer Städte für den hiesigen Prozess zu nutzen. Seit Herbst / Winter 2015 werden in den Büros der Stadtpräsidentin, des OB und der Stadträte sowie in allen öffentlichen Sitzungen Kaffee und Tee aus fairem Handel ausgedient. Am 22.12.2015 hat die Stadt zusammen mit dem Kirchenkreis Altholstein und dem Weltladen Neumünster im Bürgerhaus auf dem Weihnachtsmarkt über die Fairtrade Stadt Bewerbung informiert und dorthin zu einem Presetermin unter Beteiligung des OB eingeladen. Am 25.01.2016 wurde im Rathaus eine Steuerungsgruppe für die Fairtrade Stadt Neumünster gegründet, die seither bereits zweimal getagt hat und deren Mitgliedern es gelungen ist, die erforderliche Zahl an UnterstützerInnen aus Einzelhandel, Gastgewerbe und Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Seit dem 20.05.2016 kann für alle Bewerbungskriterien Vollzug gemeldet werden. Die Bewerbungsunterlagen wurden am 25.05.2016 zur Prüfung an den Verein Transfair e. V. übermittelt. Am 16.09.2016 wurde die Stadt Neumünster als Fairtrade-Town ausgezeichnet.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Der Beschluss der Ratsversammlung ist umgesetzt. Die Angelegenheit wird als erledigt betrachtet.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 07.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	03.06.2014 / Ratsversammlung TOP 10.1 - 0107/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Beantragung von möglichen Fördergeldern für Neumünster aus dem EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 1. Die Verwaltung wird gebeten, aus dem EU-Förderprogramm EfBB "Europa für Bürgerinnen & Bürger" mögliche Fördergelder für Neumünster zeitnah zu beantragen. 2. Mögliche Projekte für Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen entsprechend mit berücksichtigt werden. 3. Der Hauptausschuss soll zwecks weiterer Beratung entsprechend über den Sachstand informiert werden. Zentrale Verwaltung und Personal – Abt. Zentrale Verwaltung -
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Es wird auf die MV 0124/2013 verwiesen, die dem HA am 02.09.2014 vorgelegen hat. Für das Im Monat August 2015 in Neumünster durchgeführte Jugendcamp mit Jugendlichen im Alter von 13-17 Lebensjahren wurde ein Antrag zwecks Förderung im Rahmen von Jugendbegegnungen nach Erasmus+ gestellt. Am 30.07.2015 ist der Antrag positiv beschieden worden. Die Fördersumme beträgt maximal ca. 24.000,- € - in Abhängigkeit von der Teilnehmerzahl und der Anerkennung förderfähiger Kosten. Der Verwendungsnachweis ist zwischenzeitlich eingereicht. Die Endabrechnung steht zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes noch aus. Aufgrund des Erfolges des Jugendcamps wurde vom 01.08.2016 bis 07.08.2016 ein Jugendcamp mit Jugendlichen aus Neumünster und Gravesham in Gravesham (England) unter der Federführung der Partnerstadt durchgeführt. Im Jahr 2017 wird voraussichtlich Parchim ein Jugendcamp ausrichten. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 08.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	03.06.2014 / Ratsversammlung TOP 10.3 - 0096/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Bei der Fortschreibung des Einzelhandels- u. Zentrenkonzepts sind weitere verträgliche Entwicklungs- u. Erweiterungsmöglichkeiten für das Unternehmen "NORTEX" am Sonderstandort "Grüner Weg" zu berücksichtigen. Insbesondere soll es ermöglicht werden, vorhandene Verkaufsflächen für innenstadtrelevante Produkte gegen andere innenstadtrelevante Produkte auszutauschen. Dabei sollen die bisherigen Beschränkungen für bestimmte Produkte entfallen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Fortschreibung des Einzelhandels- u. Zentrenkonzeptes wurde zwischenzeitlich unter Einbeziehung des Gutachters geprüft. Im Ergebnis kann das Einzelhandels- u. Zentrenkonzept fortgeschrieben werden (RV 15.12.2015 - 0608/2013/DS). Ein Entwurf wurde dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss am 21.04.2016 vorgelegt. Dieser hat den Entwurf gebilligt und Einzelheiten zu Beteiligungsverfahren und Informationsveranstaltungen beschlossen (0692/2013/DS). Die Informationsveranstaltung für Stadtteilbeiräte und Öffentlichkeit fand am 08.06.2016 statt. Im Anschluss fanden eine 6-wöchige öffentliche Auslegung sowie die Abstimmung mit den Nachbarkommunen und relevanten Ober- und Mittelzentren sowie eine Beteiligung von berührten Trägern öffentlicher Belange, Verbänden, Beiräten und Beauftragten statt. Die Prüfung und Entscheidung über Hinweise und Anregungen sowie der abschließende Beschluss ist für die Sitzung der Ratsversammlung am 22.11.2016 vorgesehen. Eine entsprechende Drucksache wurde erarbeitet (0848/2013/DS). Ein Konzept wird der RV in der Sitzung am 13.12.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt (0863/2013/DS).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes steht unter Berücksichtigung der o. g. Vorgaben kurz vor dem Abschluss. Das Thema wird wieder Gegenstand der Berichterstattung, sollten sich Änderungen ergeben.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 09.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	03.06.2014 / Ratsversammlung TOP 10.4 - 0105/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Gemeinsame Einrichtung Elly-Heuss-Knapp-Schule und KIN im Bildungsgang BioteQ Die Verwaltung wird insbesondere beauftragt, in Zusammenarbeit mit der EHKS zu prüfen, ob alternativ zum Standort Riemenschneiderstr. für den Bildungsgang BioteQ im Bereich des KIN notwendige Flächen unter Mitnutzung vorhandener Räume errichtet und gemeinsam genutzt werden können. Ergebnisse sind dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss und danach den weiteren beteiligten Gremien vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Im Rahmen der DS 0344/2013, der die RV am 04.11.2014 zugestimmt hatte, wurde mitgeteilt, dass die Prüfung der Angelegenheit voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Zwischenzeitlich haben Gespräche stattgefunden. Dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss wurde am 10.09.2015 mitgeteilt, dass das KIN für das Projekt nicht mehr zur Verfügung steht (0272/2013/MV). Gem. Antrag der SPD-Ratsfraktion zu dieser MV wurde die Verwaltung beauftragt, dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss bis zum 30.04.2016 Alternativplanungen zur langfristigen Sicherstellung des Bildungsganges BioteQ vorzulegen. Am 14.04.2016 wurden dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss Raumprogramm und inhaltliche Konzeption für ein Technikum am Standort der EHKS, Riemenschneiderstr. vorgelegt (0342/2013/MV). Die Verwaltung wurde aufgefordert, Kosten für den Haushalt 2017/18 zu ermitteln. Baukosten in Höhe von insgesamt 6.710.400 Euro wurden, auf die Jahre 2018 und 2019 verteilt, in die Anmeldungen zur Investitionsplanung eingearbeitet.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 10.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	08.07.2014 / Ratsversammlung TOP 10.4 - 0120/2013/An Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen BfB/PIRATEN und SPD betr. Erstellung eines Konzeptes zur Gesamtgestaltung des ÖPNV in Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den SWN als neuen Betreiber des ÖPNV ein Konzept für die zukünftige Gesamtgestaltung des ÖPNV in NMS mit den voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen auf die Stadt zu erstellen. Sobald von Seiten der SWN die Übernahmeformalitäten v. d. VHH u. alle notwendigen Planungen geklärt sind, soll dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zeitnah ein erster Entwurf des Konzepts zur Vorberatung vorgelegt werden. Die Beteiligung der Stadtteilbeiräte, des Seniorenbeirats u. des Behindertenbeauftragten sind erforderlich. Die Vorlage soll zur Beschlussfassung des Fahrplanwechsels 2015/2016 beraten sein.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	In der RV am 16.09.2014 wurde mit der Mitteilungsvorlage 0126/2013/MV der Zeitplan zur Umsetzung des Beschlusses vorgelegt. Ursprünglich war für das 3. Quartal 2015 ein Beschluss zum 3. RNVP vorgesehen. Zwischenzeitlich hat die Verwaltung vorgeschlagen, zunächst in einer Art vereinfachtem Verfahren den 2. RNVP fortzuschreiben. Nach Durchführung eines entsprechenden Beteiligungsverfahrens hat die RV die entsprechende Vorlage (0754/2013/DS) unter Berücksichtigung eines Änderungsantrages in ihrer Sitzung am 27.09.2016 beschlossen. Der Antrag wird nicht weiterverfolgt (siehe unten).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	In ihrer Sitzung am 27.09.2016 hat die RV die Aufstellung eines neuen Regionalen Nahverkehrsplanes einschl. Der Vorgabe eines Zeitplanes und verschiedener Verfahrensschritte beschlossen ((0754/2013/DS). Die Verwaltung geht davon aus, dass der Auftrag aus dem Antrag 0120/2013/An auf den Beschluss zur DS 0754/2013/DS übergegangen ist.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 11.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	04.11.2014 / Ratsversammlung TOP 9.3 - 0148/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Kleine Anfrage der SPD-Ratsfraktion betr. Tank- und Rastanlage Entwicklungsfläche Nord hier: Fortschreibung der der Richtlinie zur Vergabe von Gewerbegrundstücken.
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Im Zusammenhang mit der Beantwortung der o. a. Anfrage kündigt der Obm eine Fortschreibung der o. a. Richtlinie aus dem Jahr 1993 an. Diese Fortschreibung soll mit dem Ziel überarbeitet werden, die angemessene Beteiligung der Selbstverwaltung zu gewährleisten und bessere Ergebnisse zu erlangen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung – Abt. Grundstücksverkehr -
Aktueller Sachstand	Eine Neufassung der Richtlinie zur Vergabe von Gewerbegrundstücken wird derzeit erarbeitet. In Bezug auf die Vergabe hins. der Tank- und Rastanlage an der Entwicklungsfläche Nord waren mit Beschluss der RV am 16.02.2016 (0598/2013/DS) die Kriterien festgelegt worden. Die Bekanntmachung hat inzwischen stattgefunden, die Bewerbungsfrist läuft noch.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 12.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.1 - 0175/2013/An Gemeinsamer Antrag aller Ratsfraktionen betr. Interessens-Bekundung Hochschul-Antrag
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Der Obm wird gebeten, sich beim zuständigen Ministerium des Landes nach dem Verteilungsmodus der der zusätzlichen Studienplätze in S-H. zu erkundigen, die im Rahmen der 3. Phase des Hochschulpakts 2020 von 2016 bis 2020 in S-H zusätzlich geschaffen werden sollen. 2. Der Obm wird gebeten, in diesem Rahmen das Interesse Neumünsters als neuen Standort von Fachbereichen/Fakultäten einer bestehenden Hochschule oder als Standort einer neu zu gründenden Hochschule für angewandte Wissenschaften seitens der Landesregierung zu bekunden. 3. Die RV spricht sich für einen Wettbewerb innerhalb des Landes aus. Schule, Jugend, Kultur und Sport
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	
Aktueller Sachstand	Das zuständige Ministerium wurde hins. der Interessensbekundung angeschrieben. Eine Antwort liegt vor. Mit der Vorlage 0277/2013/MV wurde der RV in der Sitzung vom 17.11.2015 der aktuelle Sachstand mitgeteilt. Es werden weiterhin Gespräche zur möglichen Ansiedlung einer Popakademie geführt. Am 11.10.2016 wurden den Fraktionsvorsitzenden durch eine Vertreterin der „Hamburg School of Music“ Informationen zu dem Vorhaben präsentiert, in Neumünster eine sog. „Popakademie“ zu installieren. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 13.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.2 - 0182/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen SPD und BfB/PIRATEN betr. Einrichtung eines Hotspots sowie Freifunk in Neumünster Innenstadt
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Bei dem Beschluss über den Antrag wurde ein Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Grünen berücksichtigt. 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen und Kosten für die Einrichtung eines kostenfreien Hotspots sowie für die Einführung von Freifunk in Neumünsters Innenstadt zu ermitteln. 2. Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesen. 3. Vor der Beratung wird die aktuelle Gesetzesnovellierung abgewartet und entsprechend berücksichtigt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung, EDV-Dienste
Aktueller Sachstand	Die Novelle des TMG (§ 8 – Störerhaftung) ist in 2016 in Kraft getreten. Die Verwaltung steht in enger Abstimmung mit einem Betreiber, eine kurzfristige Umsetzung ist beabsichtigt. Ein Konzept wird er RV in deren Sitzung am 13.12.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt (0863/2013/DS).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 14.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.3 - 0178/2013/An Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Nutzung Kinderferiendorf
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird gebeten, den Fachausschüssen bis nach der Sommerpause Vorschläge zu machen, wie das Kinderferiendorf von einer großen Zahl von Kindern und Jugendlichen wieder genutzt werden kann. Dabei sind sowohl bauliche als auch inhaltliche Aspekte zu berücksichtigen. Wenn eine Sanierung der Holzhäuser unwirtschaftlich ist, ist der Vorentwurf von Stoy-Architekten aus dem Jahr 2008 der aktuellen Kostensituation anzupassen und ebenfalls zu prüfen, ob es kostengünstigere Bauweisen gibt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die RV hat einer Vorlage der Verwaltung in ihrer Sitzung am 17.11.2015 zugestimmt (0566/2013/DS). Danach soll zunächst mit Hilfe von Sponsoren ein Gebäude renoviert werden, dem dann sukzessive weitere folgen sollen. Die Sanierung des ersten Hauses schreitet zügig voran und wird in Kürze abgeschlossen. Nach Abschluss der Renovierung des ersten Hauses wurde seitens der Sponsoren eine zeitnahe Herrichtung weiterer Häuser in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach Instandsetzung /Renovierung der Sanitärgebäude und der Küche durch die Stadt Neumünster geäußert, da dies die Möglichkeiten der Sponsoren überstiege. Die dafür benötigten Beträge werden momentan noch durch die Verwaltung ermittelt. Für die RV am 22.11.2016 liegt ein interfraktioneller Antrag vor, zur Sanierung des Sanitärgebäudes 150.000,00 Euro zur Verfügung zu stellen (0323/2013/An).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 15.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.5 - 0177/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Kooperation mit der Wohnungsbau GmbH
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Dem Antrag wird in der Fassung eines Änderungsantrags der Ratsfraktion Die Grünen zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliches Bauland im Stadtgebiet zu entwickeln. Sowohl der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss als auch der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss werden mit der weiteren Beratung beauftragt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung bereitet derzeit die Entwicklung neuer Baugebiete vor.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 16.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	31.03.2015 / Ratsversammlung TOP 12.6 - 0161/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Kooperationsvereinbarung zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und Regionalen Bildungszentren gemäß § 43 (6) SchulG
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV begrüßt die Planungen der 3 RBZ, Kooperationsvereinbarungen mit Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufen abzuschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen eventuell betroffenen Schulen die möglichen Folgen zu eruieren und dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. U. a. ist dabei auch zu prüfen, ob ggf. auch ohne Kooperations-Vereinbarung ein gemeinsames Bewerbermanagement möglich ist. Es ist ebenfalls die Möglichkeit zu prüfen, inwieweit eine Kooperation m. d. Jugendberufsagentur möglich ist.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat den Schul-, Kultur- und Sportausschuss in dessen Sitzung am 05.11.2015 informiert (0286/2013/MV). Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 17.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.04.2015 / Ratsversammlung TOP 9.1 - 0186/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Planungsstand Rad-Station am Hauptbahnhof
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächstmöglichen Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses den Planungsstand der Radstation am Hauptbahnhof gemäß Beschluss des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vom 03. April 2014 darzustellen. Dabei sollen Förderprogramme von Seiten des Landes im Rahmen der "Bike & Ride Projekte" sowie die damit verbundenen Rahmenbedingungen und etwaige bisherige Gespräche mit möglichen Betreibern einbezogen werden. Ferner sind Umsetzungsvorschläge vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in dessen Sitzung am 02.07.2015 umfassend informiert (0241/2013/MV). Die RV hat in ihrer Sitzung am 26.04.2016 der entsprechenden Verwaltungsvorlage zugestimmt (0699/2013/DS) – allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Förderung nach dem GVFG tatsächlich erfolgt. Ferner wurde einem Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion zugestimmt, demzufolge die vorliegende Planung nur einen ersten Schritt darstelle. Weitere Maßnahmen seien im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Messeachse zu verfolgen.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 18.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	14.07.2015 / Ratsversammlung TOP 12.7 - 0202/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. Optimierung des Baustellenmanagements
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV bittet die Verwaltung, das Baustellenmanagement zu optimieren (Präzisierung des Beginns und Endes bei Auftragsvergabe, keine Verweisung der jeweiligen Baustelle, regelmäßige Koordination zwischen den Leitungsträgern, Ermittlung der Bedingungen und Kosten für interaktiven Stadtplan für die Homepage der Stadt). Gem. des Änderungsantrags der SPD-Rathausfraktion ist zudem die Koordination zwischen den diversen Leitungsträgern zu optimieren.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen – Abt. Tiefbau
Aktueller Sachstand	Mit Beschlussfassung zum Stellenplannachtrag (0645/2013/DS) hat die RV in Ihrer Sitzung am 15.03.2016 der Schaffung zusätzlicher Stellen für ein optimiertes Baustellenmanagement zugestimmt. Die Verwaltung hat den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in dessen Sitzung am 10.03.2016 über anstehende Maßnahmen informiert (0324/2013/MV). Die Verwaltung bereitet zurzeit die Besetzung der Stelle vor.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	Unveränderter Sachstand

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 19.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	14.07.2015 / Ratsversammlung TOP 12.8 - 0208/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Dringlichkeitsantrag der Ratsfraktionen von SPD und FDP betr. Einsatz der Busse des Fördervereins für den Schulbetrieb der Fröbelschule
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende der Sommerferien eine Lösung zu finden, die es der Fröbelschule ermöglicht, die Busse des Fördervereins wieder für den Schulbetrieb einsetzen zu können.
Aktueller Sachstand	Schule, Jugend, Kultur und Sport
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	Die Sicherstellung des Fahrdienstes mit den Bussen des Fördervereins durch Kräfte des Bundesfreiwilligendienstes wird derzeit geprüft. Dieser Ansatz wird weiterhin verfolgt, jedoch konnte bisher kein geeignetes Personal gefunden werden. Die Sicherstellung des Fahrdienstes ist über die Beauftragung eines privaten Unternehmens gewährleistet. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 20.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	17.11.2015 / Ratsversammlung TOP 11.3 - 0232/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. 70 Jahre Kommunale Selbstverwaltung in Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die Ratsversammlung beschließt auf Antrag der SPD-Ratsfraktion, die Verwaltung mit der Vorbereitung einer Ausstellung im Foyer des Rathauses zu beauftragen, die an die ersten demokratischen Wahlen vor 70 Jahren erinnert. Dazu sollen die Schulen in Neumünster gebeten werden, dieses Thema im Unterricht aufzugreifen und in einem Wettbewerb Beiträge zur Ausstellung zu liefern.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Schule, Jugend, Kultur und Sport
Aktueller Sachstand	Die weiterführenden Schulen wurden angeschrieben, haben jedoch trotz Erinnerung nicht auf die Ausschreibung des Wettbewerbs reagiert. Es wurde geprüft, ob im städtischen Archiv ausreichend Daten für die Erstellung eines Handouts o.ä. vorhanden sind. Die einzigen im Archiv vorhandenen Unterlagen werden der Ratsversammlung am 22.11.2016, verbunden mit dem festgestellten Sachstand, vorgelegt (siehe 0402/2013/MV).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 21.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0259/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion zu einem Interessenbekundungsverfahren für die Übernahme von Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylbewerbern.
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV hat in ihrer Sitzung am 16.02.2016 auf den Antrag der CDU-Ratsfraktion beschlossen: „Für neue, zusätzliche Aufgaben bezüglich dauerhaft in unserer Stadt lebender Asylbewerber kommen vielfältige Herausforderungen auf die Stadt Neumünster zu. Die Verwaltung wird gebeten – vor der Ausschreibung der notwendigen Stellen – ein Interessenbekundungsverfahren für die Übernahme von Aufgaben mit Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und Anderen durchzuführen...“ Büro des Oberbürgermeisters
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	
Aktueller Sachstand	Die Verwaltung hat am 10.05.2016 bezüglich der Förderrichtlinie für die Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen zur Unterstützung der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe 4 geeignete Träger angeschrieben. Es wurde die Möglichkeit eröffnet, je eine geförderte Stelle für die Organisation entsprechender ehrenamtlicher Tätigkeiten zu beantragen. Rückmeldung war bis zum 10.06.2016 erbeten. Es haben bereits 2 der 4 Träger signalisiert, einen entsprechenden Antrag stellen zu wollen (Stand 02.06.2016). Die Verwaltung hat am 10.05.2016 bezüglich der Förderrichtlinie für die Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen zur Unterstützung der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe 4 geeignete Träger angeschrieben. Es wurde die Möglichkeit eröffnet, je eine geförderte Stelle für die Organisation entsprechender ehrenamtlicher Tätigkeiten zu beantragen. Rückmeldung war bis zum 10.06.2016 erbeten. Es hatten bereits 2 der 4 Träger signalisiert, einen entsprechenden Antrag stellen zu wollen (Stand 02.06.2016). Nach einem Gespräch am 26.07.16 mit den interessierten Wohlfahrtsverbänden und Mitarbeiterinnen des Sozialministeriums hat man sich darauf verständigt, dass AWO, Caritas und Diakonie einen gemeinsamen Antrag auf Einrichtung der Beratungs- und Koordinierungsstelle des Ehrenamtes stellen werden. Dieser wurde bislang nicht gestellt. Alle

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

	Beteiligten haben jedoch zugesagt, den Antrag bis Ende 11.2016 einzureichen, um die Stelle ab 01.2017 besetzen zu können. In der Zwischenzeit wurde bereits nach geeignetem Personal gesucht. (Schwerpunkte: Bestandsaufnahme von Initiativen, Organisation von Fortbildungen, Vernetzung mit dem SozMi, Aufbau und Intensivierung von Netzwerkarbeit, Koordinierung und Initiierung von Projekten, Zusammenarbeit mit der städtischen Koordinierungsstelle integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen). Eine zweite Förderrichtlinie zur Einrichtung von hauptamtlichen Stellen zur Koordinierung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in SH ist ebenfalls im Juni 2016 in Kraft getreten. (Schwerpunkte: Koordinierungsarbeit, Gewinnung von Engagierten, Verstetigung des Engagements, Gewinnung von Geflüchteten für das Ehrenamt, Aufbau und Intensivierung von Netzwerkarbeit, Koordinierung von Projekten, Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle Ehrenamt). Der Verein openhaart e.V. hat eine Förderung von 0,5 Stellen für 3 Jahre erhalten. Die Schwerpunkte überschneiden sich teilweise stark. Es gibt großen Kommunikations- und Abstimmungsbedarf zwischen den geförderten Stellen. Die soziale Betreuung für die Geflüchteten wird im November 2016 ausgeschrieben. Zwei Vollzeitstellen (1 x männlich, 1 x weiblich) sollen ab dem 01.01.2017 die Vorortbetreuung sicherstellen. Mit dem Wohnungsvermittlungsmanagement wurde die Wohnungsbau GmbH vom 01.10.2016 bis 31.03.2017 beauftragt. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 22.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0251/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Freies Radio Neumünster
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt den Antrag der SPD-Ratsfraktion in einer modifizierten Fassung: 1. Die Ratsversammlung unterstützt die Initiative von „Freies Radio Neumünster e. V.“, die das Ziel hat, einen nichtkommerziellen Lokalfunk für die Region Neumünster, Bordesholm, Nortorf, Padenstedt zu betreiben. 2. Dem Verein „Freies Radio Neumünster e. V.“ werden kostenfrei Räumlichkeiten im Gebäude Anscharstr. 8/10 (neuer Standort AJZ) für seine Vereinszwecke – insbesondere für die Aufnahme eines Sendebetriebs – zur Verfügung gestellt. 3. Für Übergangszeit bis zur Fertigstellung des Gebäudeumbaus stellt die Stadt geeignete andere leerstehende Räume z. B. in Schulgebäuden mietfrei zur Verfügung. 4. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu einen entsprechenden Vertragsentwurf zu erarbeiten und diesen der Ratsversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Stadtplanung und -entwicklung (Federführung)
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	
Aktueller Sachstand	Die RV wurde am 07.06.2016 über den Sachstand informiert (0360/2013/MV). Dabei ging es um die Frage, inwieweit dem Verein „Freies Radio Neumünster e. V.“ kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Der Sachstand ist unverändert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 23.

Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.6 - 0252/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Deutsch für alle
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der SPD-Ratsfraktion, dass die Verwaltung beauftragt wird, zusammen mit der VHS ein Programm „Deutsch für alle“ zu erarbeiten, das allen Flüchtlingen, die Neumünster nach ihrem Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen werden, die Teilnahme an einem jeweils angemessenen Deutschkurs ermöglicht. Die Inhalte sollen sich an dem entsprechenden Programm aus Lübeck orientieren, das dem Antrag als Anlage beigelegt ist.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Büro des Oberbürgermeisters (Federführung)
Aktueller Sachstand	Zur Umsetzung des Beschlusses wurde am 30.03.2016 ein Gespräch mit Herrn Otte von der VHS geführt. Darin ging es um Umsetzungsmöglichkeiten und die finanzielle Auswirkungen. Für die Ratsversammlung am 12.07.2016 wurde eine entsprechende Mitteilungsvorlage erstellt, die die Sachlage und die voraussichtlichen Kosten erläuterte. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass derzeit ca. 60% der Geflüchteten berechtigt sind, einen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) finanzierten Integrationskurs besuchen zu dürfen. Dieser schließt nach min. 600 bis max. 1.200 Unterrichtsstunden mit der Prüfung zur Feststellung des Sprachniveaus B1 ab. Für die verbleibenden 40% der Geflüchteten fehlt bislang die Möglichkeit, dieses Sprachniveau zu erreichen zu können. Das Land SH hat inzwischen die eigene Sprachförderlinie „STAFF.SH“ neu aufgelegt und fördert diesen Personenkreis mit bis zu 360 Unterrichtsstunden, mit dem Ziel das Sprachniveau auf A1/A2 zu erreichen. Damit kann ein „Überlebenswortschatz“ gebildet werden, der jedoch nicht dazu befähigt, auf dem Arbeitsmarkt chancengleich integriert werden zu können. Die VHS hat beim Land einen Antrag auf Förderung von STAFF.SH-Kurse in Neumünster ab 2017 gestellt. Hierüber ist noch nicht entschieden worden, so dass noch keine Aussage darüber

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

	getroffen werden kann, wie viele Kursplätze angeboten werden können und ob dieses Angebot bezogen auf die Anzahl der zugewiesenen Geflüchteten auskömmlich sein wird. Auf diesen Kursen aufbauend, soll im Rahmen von „Deutsch für Alle“ ein städtisches Angebot geschaffen werden, um diesem Personenkreis zum Sprachniveau B1 zu verhelfen. Dies muss unter den geänderten Rahmenbedingungen neu kalkuliert werden, da sich zum einen der Umfang des städtischen Angebotes durch STAFF.SH verringern wird und sich zum anderen die Zugangszahlen von Geflüchteten deutlich geändert haben.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 24.

Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.7 - 0253/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Wohnraumversorgung für Flüchtlinge Die RV beschließt den modifizierten Antrag der SPD-Ratsfraktion. Zudem wird ein Teilaspekt eines ursprünglich von der BfB-Ratsfraktion geplanten Änderungsantrags übernommen: 1. Die Wohnraumversorgung für Flüchtlinge im Stadtgebiet Neumünster soll auf ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft – wie die WOBAU GmbH – übertragen werden. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das in der Anlage aufgeführte Dienstleistungsangebot alle benötigten Aufgabenbereiche umfasst. 2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Inhouse-Vergabe an die städtische WOBAU möglich ist oder ob ein Interessenbekundungsverfahren erfolgen muss. Im Falle eines Interessenbekundungsverfahrens ist dieses so schnell wie möglich durchzuführen. Die Aufgabenübertragung soll zunächst auf 5 Jahre erfolgen. 3. Es werden für diese Aufgabe zunächst keine zusätzlichen Stellen in der Verwaltung geschaffen. Entsprechende Änderungen zum Nachtragshaushalt 2016 und zum Stellenplan sind in der nächsten Ratsversammlung vorzulegen. 4. Parallel zur Prüfung einer externen Vergabe dieses Aufgabenbereiches wird um eine Gegenüberstellung der Kosten gebeten.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung (Federführung)
Aktueller Sachstand	Mit Beantwortung der Großen Anfrage in der Ratsversammlung vom 27.09.2016 (0302/2013/An) wurde berichtet, dass die Wohnraumanmietung und -verwaltung in der Zwischenzeit an die Wobau GmbH vergeben werden konnte.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 25.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	16.02.2016 / Ratsversammlung TOP 11.12 - 0256/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Konzept für ein flächendeckendes Netz an frei zugänglichen Toiletten
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der BfB-Ratsfraktion, die Verwaltung zu beauftragen, mit geeigneten Gastronomen und Firmen ein Konzept für ein flächendeckendes Netz an frei zugänglichen „Netten Toiletten“ in Neumünster zu verhandeln. Die gefundenen Standorte, die ggf. zu schließenden städtischen WC-Anlagen sowie die finanziellen Auswirkungen sind den zuständigen Ausschüssen und der Ratsversammlung zur Entscheidung vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Wegen der erforderlichen Einbindung der freien Wirtschaft wurde überlegt, welche Multiplikatoren sich dazu anbieten könnten. Es gibt keinen neuen Sachstand.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 26.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0275/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Straßensanierungen, Alternativen zur bisherigen Straßenaufteilung Die RV beschließt auf Antrag der CDU-Ratsfraktion bei anstehenden Straßensanierungen eine umfassende Darlegung der zuvor durchgeführten und der aktuell geplanten Maßnahmen sowie der damit verbundenen Kosten. Zudem soll die Belastung durch den Verkehr ermittelt werden. Die Kostenermittlung ist den Gremien vorzulegen. Die Anlieger sind zu informieren. Durch Abstimmung mit den Leitungsträgern ist sicherzustellen, dass sanierte Straßen binnen der nächsten 4 Jahre nicht erneut aufgerissen werden müssen. Zudem soll die Verwaltung Alternativen zur bisherigen Straßenaufteilung aufzeigen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Eine Mitteilungsvorlage (0386/2013/MV) über zukünftige Straßenkategorien im Rahmen der Änderung der Straßenbaubeitragssatzung befindet sich zurzeit im Beteiligungsverfahren der Stadtteilbeiräte. Der Entwurf der geänderten Straßenbaubeitragssatzung liegt den Gremien zur anschließenden Beratung vor (0803/2013/DS). Es wird vorgeschlagen, dass an dieser Stelle im Rahmen der künftigen Berichterstattung die lfd Nr. 28 übernommen wird.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 27.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.3 - 0267/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Stadtradeln 2016
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt auf Antrag der CDU-Ratsfraktion einen Prüfauftrag, an der Kampagne „Stadtradeln 2016“ des Deutschen Städte- und Gemeindetages teilzunehmen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Für das Jahr 2016 konnte keine ausreichende Anzahl von Aktionen mehr vorbereitet und durchgeführt werden. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des örtlichen ADFC bereitet die Teilnahme an der Aktion Stadtradeln für das Jahr 2017 vor. Der Aktionszeitraum findet vom 5. bis 25. Mai 2017 statt.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 28.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	26.04.2016 / Ratsversammlung TOP 11.7 - 0275/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Straßenbaubeitragssatzung, ergänzende Informationen zu den Straßen und deren Veröffentlichung auf der städtischen Homepage Die RV beschließt auf Antrag der BfB-Ratsfraktion, umfassende Informationen zu den Straßen in der Stadt Neumünster auf der städtischen Homepage zu veröffentlichen. Dabei geht es im Wesentlichen um durchgeführte und geplante Sanierungen und die damit verbundenen Kosten bzw. deren Umlage auf die Bürger. Für die Kategorisierung von Straßen sind die Kriterien zu definieren.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung bzw. Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen - Abt. Tiefbau
Aktueller Sachstand	Siehe Nr. 26.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 29.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	07.06.2016 / Ratsversammlung TOP 15 - 0703/2013/DS
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Aufstellung der 2. Stufe der Lärmaktionsplanung für die Stadt Neumünster - Beschluss über Anregungen - Abschließender Beschluss über die 2. Stufe des Lärmaktionsplanes
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt den von RfR Bühne für die CDU-Ratsfraktion eingebrachten Ergänzungsantrag insoweit als das die neue Ziffer 2 wie folgt lautet: „Die Verwaltung soll die Öffentlichkeit in geeigneter Form darüber informieren, welche Fördermöglichkeiten in Hinblick auf den Einbau von Schallschutzfenstern in den besonders von Straßenlärm betroffenen Straßen bestehen. Auf dem Ring und den anderen Hauptverkehrsstraßen sollen keine zusätzlichen 30-KM-Zonen eingerichtet werden.“ Die Vorlage wird in der geänderten Fassung zugestimmt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Eine Umsetzung ist bislang nicht erfolgt. In der Mitteilungsvorlage 0383/2013/MV vom 02.08.2016 für den PU am 22.09.2016 und die RV am 27.09.2016 wurde darauf hingewiesen, dass die Beschlussfassung zur 2. Stufe der Lärmaktionsplanung in der RV am 07.06.2016 in sich nicht ganz schlüssig ist. Eine Drucksache für die erste Sitzungsfolge in 2017 ist in Vorbereitung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 30.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	07.06.2016 / Ratsversammlung TOP 21 - 0356/2013/MV
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Stadtentwicklungsbericht 2016
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	RH Westphal stellt fest, dass es aussagefähigerer Faktoren und Kennzahlen bedürfe, da nicht alles verdeutlicht wird, was Stadtentwicklung ausmache. Er appelliert, gemeinsam Ziele und Visionen zu entwickeln und gemeinsame an deren Verwirklichung zu arbeiten. Die RV nimmt Kenntnis. Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Eine Weiterentwicklung des Stadtentwicklungsberichts zum ISEK-Monitoring-Instrument ist geplant (vgl. Ausführungen zum ISEK-Fortschreibungsbeschluss und DS 0852/2013).
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Der nächste Stadtentwicklungsbericht wird der Ratsversammlung im 2. Quartal 2017 vorgelegt. Angesichts der regelmäßigen Berichterstattung gegenüber der RV kann künftig auf die Informationen an dieser Stelle verzichtet werden.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 31.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.5 - 0289/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Umwandlung der Uker Halle als eine Außenstelle der Kita Faldera Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob das Gebäude und/oder das Grundstück Uker Halle im Stadtteil Faldera als eine Außenstelle der Kita Faldera entwickelt werden kann, ob und ggfs. welcher Bedarf für zusätzliche Kita-Plätze im Stadtteil besteht, wie eine bedarfsgerechte Kita-Planung auf dem Grundstück, mit und ohne das vorhandene Gebäude aussehen kann und welche Kosten dafür entstehen und ob und ggfs. Welche Alternativen für eine Bedarfsdeckung im örtlichen Bereich (z. B. durch Maßnahmen von anderen Trägern) bestehen? Noch rechtzeitig vor Beginn der Beratungen zum Haushalt 2017/18 wird eine Vorlage erwartet, aufgrund der haushaltsrelevante Beschlüsse gefasst werden können. Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Abt. Hochbau
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Ein Vororttermin in Kooperation mit dem Fachdienst 60 hat ergeben, dass die Liegenschaft und das Gebäude in keinem Fall für eine Art der Betreuung von Kindern geeignet sind. Die Bausubstanz des Gebäudes sowie die Lage und die Größe des Grundstückes ermöglichen keine Nutzung durch unseren Fachdienst. In Kooperation mit den Fachdiensten 40 und 60 wird jetzt geprüft, die Schulkindbetreuung innerhalb der Grundschule an der Schwale zu verorten. Es wird angeregt, die Angelegenheit als erledigt zu betrachten.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 32.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.4 – 0288/2013/An Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Durchführung einer Einwohnerbefragung gem. § 16c GO S-H
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) , inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Um die Planungen der Neugestaltung des Großfleckens zu beschleunigen, beschließt die RV eine frühzeitige Bürgerbeteiligung unter Einbeziehung aller relevanter Gruppen bzw. Beiräte. Es wird die „Durchführung einer Planungswerkstatt“ beschlossen, ein erfolgreiches Verfahren, was seinerzeit zur Neugestaltung des Kleinfleckens ebenso angewandt worden ist. Hier ist bei einer ganztägigen Veranstaltung an Thementischen mit folgenden Anforderungen • Aufgaben und Funktionen des Großfleckens und angrenzender Bereiche • Nutzungen und Einzelhandel (Markt, Veranstaltungen, Gastronomie) • Verkehr (Fuß-, Rad-, und Kfz-Verkehr, ÖPNV, Parken) • Oberflächenmaterialien (Barrierefreiheit) • Grün- und Gestaltungselemente (Wasser, Möblierung, Großgrün) mit einem externen Moderator (z. b. Baudirektor einer anderen Stadt) ein Gesamtergebnis zu erarbeiten und die Ergebnisse an die Stadtverwaltung zu übergeben. Die Ergebnisse sind von der Stadtplanung auf Realisierbarkeit zu prüfen und den zuständigen Ausschüssen und der Ratsversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Stadtplanung und -entwicklung
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Die Planungswerkstatt hat am 05.11.2016 in den Räumen des Museums Tuch+Technik stattgefunden. Wesentliche Ergebnisse werden in der Sitzung des PU am 17.11.2016 vorgetragen. Die Vorlage der ausführlichen Dokumentation und die weitere Beratung ist im 1. Quartal 2017 vorgesehen. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 33.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0292/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Antrag der CDU-Rathausfraktion, ersetzt durch den Änderungsantrag-der SPD-Rathausfraktion betr. jährliches Budget der Stadtteilbeiräte
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen im Einzelnen den Stadtteilbeiräten ein jährliches Budget in Höhe von 1.000,00 Euro als Sachaufwand zur Verfügung gestellt werden kann. Hierzu sollte in einem ersten Schritt in einem gemeinsamen Gespräch mit den Stadtteilbeiratsvertretern abgeklärt werden, wie die jeweiligen Interessenlagen der Stadtteilbeiräte aussehen. 2. Außerdem ist aufzuzeigen, wie diese Mittel rechtssicher bewirtschaftet werden können und wofür diese Mittel ausgegeben werden können. 3. Das Ergebnis der Prüfung ist der Ratsversammlung zusammen mit den Haushaltsunterlagen für den Haushalt 2017 vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Zentrale Verwaltung und Personal, Abteilung Zentrale Verwaltung
Aktueller Sachstand	Die Ratsversammlung wird in der Sitzung am 22.11.2016 informiert.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 34.

Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 - 0287/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Gemeinsames Projekt zur Attraktivitätssteigerung der Fußgängerzone Mit dem Ergänzungsantrag der SPD-Rathausfraktion (Zweiter Satz) beschließt die RV, dass die Verwaltung gebeten wird, Gespräche mit den Grundeigentümern der Lütjenstraße mit dem Ziel zu führen, zu prüfen, ob die Bereitschaft besteht, ein gemeinsames Projekt zur Attraktivitätssteigerung dieser Fußgängerzone zu verwirklichen. Die Verwaltung möge das Ergebnis der Gespräche mit den Anliegern in der ersten Ratsversammlung 2017 mitteilen.
Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Der Bereich „Lütjenstraße“ wurde im Rahmen der Planungswerkstatt mit bearbeitet. Über die Planungswerkstatt wird ausführlich im 1. Quartal 2017 berichtet, die Ergebnisse fließen in die weitere Bearbeitung des Antrages ein.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 35.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	12.07.2016 / Ratsversammlung TOP 11.6 – 0288/2013/An Antrag des RH Griese, Die Linke, betr. Carlstraße als Fahrradstraße
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Der Ursprungsantrag wird in der Fassung des Änderungsantrages durch die Ratsfraktion der Grünen wie folgt durch die RV beschlossen: 1. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie in der Carlstraße zwischen Roonstraße und Sauerbruchstraße der Fahrradverkehr im Sinne des Antrags „Fahrradstadt Neumünster“ vom 27. August 2013 optimiert werden kann. 2. Die Varianten sind dem zukünftigen Planungs- und Umweltausschuss zeitnah vorzulegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung, Gebäudewirtschaft, Tiefbau und Grünflächen, Straßenverkehrsangelegenheiten
Aktueller Sachstand	Der Prüfauftrag befindet sich in der Bearbeitung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 36.

Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	27.09.2016 / Ratsversammlung TOP 11.1 – 0241/2013/An
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen Die RV beschließt den modifizierten und somit ergänzten Antrag der SPD-Ratsfraktion: 1. Zur Erfüllung des § 47f Absatz 1 u. 2 der GO wird ein demokratisch legitimiertes Gremium (z. B. Jugendparlament oder Jugendbeirat) gewählt mit folgenden Rechten; ◆ Antrags- und Rederecht in allen städtischen Ausschüssen ◆ Anhörung bei allen kinder- und jugendrelevanten Vorhaben ◆ Beratung von Anträgen der Jugendverbände, politischer Jugendorganisationen, Kitas, Jugendhäusern, Schülervertretungen und Initiativen. 2. Die Stadt unterstützt aktiv Projektformen zur Demokratieförderung durch Beratung und Hilfestellung und wenn erforderlich, mit Zuschüssen und richtet eine halbe Stelle in der Verwaltung als feste Ansprechperson für das Gremium ein. 3. Die Stadt richtet eine FSJ-Stelle ein, die als Bindeglied zu den Kindern und Jugendlichen („Peers“) und zur außerschulischen Jugendarbeit dient. 4. Aktive Unterstützung als Schulträger bei der Bildung einer Kreisschülervertretung und deren positiver Begleitung inkl. Bereitstellung materieller und räumlicher Infrastruktur. 5. Im Zuge zunehmender Betreuungsangebote in den Schulen (Schulsozialarbeit) müssen die Jugendhäuser noch besser in die vorhandenen Angebote integriert werden. Die außerschulische Bildung muss sowohl integraler Bestandteil einer konzeptionell umfassenden Demokratiepädagogik sein als auch wesentliche Berücksichtigung im Rahmen einer gleichberechtigten Kinder – und Jugendbeteiligung erfahren. 6. Bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses wir den Jugendverbänden empfohlen, möglichst junge Vertreterinnen und Vertreter (z. B. bis 35 J.) vorzuschlagen. 7. Für das neu zu gründende Gremium wird ab 2017 als jährliches Budget der Betrag von 5.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. 8. Zur Förderung der Demokratiebildung in Kitas sowie in Grund- und weiterführenden Schulen wird ein Partizipationspreis, der alle zwei Jahre vergeben wird, ausgelobt. Die

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

	dafür notwendigen Regularien werden von der Verwaltung erstellt und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Dieser Preis soll ein Tandem-Preis sein, d. h., eine Partizipations-Kita/-Schule schult eine andere Kita/Schule, die noch nicht partizipativ arbeitet. Der Preis soll dann an beide Einrichtungen gehen. 9. Die Fraktionen stellen jeweils eine Patin oder einen Paten für das Gremium zur Unterstützung der demokratischen Arbeit (z. B. Formulierung von Anträgen, Erklärung von politischen Prozessen etc.). 10. Die finanzwirksamen Punkte des Antrages, sind in den Haushalten 2017/2018 sicher zu stellen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Die Ratsversammlung würde es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung es einrichten könnte, die Jugendparlamentssitzungen im Ratssaal stattfinden zu lassen.
Aktueller Sachstand	Schule, Jugend, Kultur und Sport, Abteilung Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Fachdienst Zentrale Verwaltung und Personal
	Die neu einzurichtende Stelle wurde mit Bewerbungsschluss 30.11.2016 öffentlich ausgeschrieben.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 37.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	27.09.2016 / Ratsversammlung TOP 16 – 0754/2013/Ds
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003-2007 • Beschluss über die im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Anregungen • Beschluss über die Fortschreibung des 2. Regionalen Nahverkehrsplanes Die RV beschließt den von RH Delfs für die SPD-Ratsfraktion eingebrachten Änderungsantrag, der den bisherigen Antragstext ersetzt: 1. Die RV hat die während des Beteiligungsverfahrens vorgetragenen Anregungen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht und der in der diesem Antrag beigefügten Begründung aufgeführten Maßnahmenliste (Basis: Fahrplan 01.12.2014) zu. Dabei sollen die in der Begründung aufgeführten Punkte 1-4 sofort zum planmäßigen Fahrplanwechsel 2016 umgesetzt werden. 2. Die RV beschließt die Fortschreibung des „2. Regionalen Nahverkehrsplanes 2003 – 2007“ gemäß § 5 ÖPNVG S-H bestehend aus dem 2.RNVP und dem Fortschreibenteil in der geänderten Fassung, nämlich Seite 4 b „1. Zur Verbesserung der intramodalen Verknüpfung...“ (weiter wie Maßnahmenliste). 3. Die RV beauftragt die Verwaltung mit der grundlegenden Neuaufstellung des Regionalen Nahverkehrsplans und zwar mit folgender Maßgabe: a) Es wird ein externer Sachverständiger beauftragt, der in Zusammenarbeit mit SWN Verkehr GmbH als direkt mit dem Stadtverkehr beauftragten Verkehrsunternehmen einen konkreten Vorschlag für einen straßengebundenen ÖPNV und einen RNVP für die Stadt – mit Handlungsempfehlungen u. a. zu den in der Begründung genannten Fragen und unter Berücksichtigung der dort genannten Bedingungen – vorlegen soll. b) Dabei soll folgender Zeitplan eingehalten werden: - aa) Für die RV am 22.11.2016 wird von der Verwaltung eine Vorlage für die Bestimmung und Beauftragung des Sachverständigen erwartet. Die Vorlage soll so gestaltet sein, dass der Sachverständige umgehend nach positivem Beschluss in der RV beauftragt wird. - bb) Für die vorletzte RV vor der Sommerpause 2017 soll der Vorschlag des

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

	Sachverständigen für eine erste Lesung vorliegen. cc) Unmittelbar anschließend wird ein Beteiligungsverfahren mit den Stadtteilbeiräten und das Beteiligungsverfahren gem. ÖPNV-Gesetz S-H durchgeführt. dd) In der letzten RV 2017 soll der neue RNVP in zweiter Lesung – unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Beteiligungsverfahrens – endgültig abgeschlossen werden. ee) Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen soll unmittelbar erfolgen durch einen außerplanmäßigen Fahrplanwechsel im ersten Halbjahr 2018.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung
Aktueller Sachstand	Der Beschluss wird bearbeitet. Der Punkt 3b ist aufgrund der inhaltlichen Leistungen und der einzuhaltenden vergaberechtlichen Rahmenbedingungen nicht einzuhalten gewesen. Ein entsprechend überarbeiteter Zeitplan wird kurzfristig vorgelegt. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung	
ggf. Anmerkungen	

Ausführung der Beschlüsse von Hauptausschuss und Ratsversammlung

Stand Monat November 2016

Lfd. Nr. 38.	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer Gegenstand (ggf. Stichwort)	27.09.2016 / Ratsversammlung TOP 46 – 0786/2013/Ds Neuorganisation der Schulkindbetreuung in Einfeld
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Die RV beschließt den von RH Delfs eingebrachten Ergänzungsantrag Es wird folgender Punkt 3 zusätzlich zur vorliegenden Drucksache beschlossen: 3. Zusätzlich ist dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss schnellstmöglich ein ausgewogenes mit allen bisherigen Nutzerinnen der alten Einfeld der Schule , Dorfstraße 21, abgestimmtes Konzept für die zukünftige Nutzung der Räume vorzulegen. Die RV beschließt darüber hinaus, dass die Zustimmung zu der Vorlage unter dem Vorbehalt der positiven Stellungnahme des Stadtteilbeirats Einfeld erfolgt.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend) Aktueller Sachstand	Schule, Jugend, Kultur und Sport Der Stadtteilbeirat Einfeld hat dem Konzept zur Neuorganisation der Schulkindbetreuung in Einfeld in der Sitzung am 12.10.2016 zugestimmt. Ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Raumnutzungskonzept wird in Kürze vorgelegt. Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
weitere Vorgehensweise / weitere Berichterstattung ggf. Anmerkungen	

